

# **Aufnahmeantrag**

## **FDP-Mitgliedschaft**

für die Mitgliedschaft im

FDP Kreisverband Dahme-Spreewald

Karl-Marx-Str. 15

15758 Königs Wusterhausen / Ortsteil Zernsdorf

Deutschland



- im folgenden Verband genannt und vertreten durch den vertretungsberechtigten Vorstand -

## § 1 Persönliche Unabhängigkeitserklärung

Ich beantrage hiermit die Mitgliedschaft in der FDP.

Ich erkläre, keiner anderen Partei anzugehören und bin bereit, den Beitrag gemäß der Beitragsordnung zu bezahlen.

Vorname:	_____	Name:	_____
Straße:	_____	Hausnummer:	_____
PLZ:	_____	Ort:	_____
Telefon:	_____	beste Erreich- bark:	_____
Fax privat:	_____	Fax dienstlich:	_____
Emailadresse:	_____	Nationalität:	_____
Beruf:	_____	<input type="checkbox"/> Angestellter	<input type="checkbox"/> selbständig
Geburtsdatum:	_____	Geburtsort:	_____
Ort _____	Datum _____	Unterschrift _____	_____

Ich habe auch Interesse an den Jungen Liberalen, bitte schicken Sie mir einen Aufnahmeantrag.

## § 2 Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die FDP, den monatlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von \_\_\_\_\_ €

vierteljährlich  halbjährlich  jährlich mittels Lastschrift einzuziehen.  
(Berechnungsgrundlage für die Höhe des Mitgliedsbeitrages siehe unten)

Kontoinhaber:	_____	Kontonummer:	_____
Geldinstitut:	_____	Bankleitzahl:	_____
Ort _____	Datum _____	Unterschrift _____	_____

### **§ 3 Datenschutz**

Die FDP verarbeitet die in diesem Aufnahmeantrag enthaltenen Angaben zur Person für ausschließlich interne Zwecke der Partei. Nach § 3 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) bedarf dies Ihrer vorherigen schriftlichen Einwilligung, die Sie gleichzeitig mit dem Antrag auf Mitgliedschaft in die FDP erteilen. Es wird zugesichert, dass Ihre Daten unter strikter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verarbeitet werden.

### **§ 4 Verbleib des Antrages**

Der unterzeichnete FDP-Mitgliedschaft verbleibt beim Verband.

### **§ 5 Anlagen - verpflichtend für Datenschutz**

Formular „Verpflichtungserklärung für Verbandsmitglieder“	vom _____
Anmerkungen zur Verpflichtungserklärung für Verbandsmitglieder	vom 30.06.2005
Merkblatt zum Bundesdatenschutz (BDSG)	vom 30.06.2005

### **§ 6 Anlagen - optional für Internetauftritt**

Formular „Einwilligungserklärung für Internetauftritte“	vom _____
Formular „Personenbezogene Daten im Internet“	vom _____
Anmerkungen zur Einwilligungserklärung für Internetauftritte	vom 30.06.2005

## Hinweise

*Auszug aus der Finanzordnung*

*Dritter Abschnitt: Beitragsordnung (Beschlossen auf dem a.o. BPT in Mannheim vom 10.05. - 12.05.2002)*

### **§ 8 Beiträge**

(1) Jedes Mitglied ist zur Zahlung eines Mitgliedsbeitrages verpflichtet. Die Zahlungspflicht ist untrennbar mit der Mitgliedschaft verbunden. Eine beitragsfreie Mitgliedschaft ist unzulässig.

(2) Die Höhe des Mitgliedsbeitrages wird von dem Mitglied im Wege der Selbsteinschätzung gegenüber dem Schatzmeister der zuständigen Gliederung erklärt.

Als Richtwert für die Selbsteinschätzung eines monatlichen Mindestbeitrages sind 0,5% der monatlichen Bruttoeinkünfte zu Grunde zu legen. Die im Wege der Selbsteinschätzung festgelegte Beitragshöhe bleibt für das Mitglied verbindlich und dient zur Feststellung von etwaigen Beitragsrückständen, so lange das Mitglied nicht gegenüber dem Schatzmeister auf Grund einer neuen Selbsteinschätzung eine andere Beitragshöhe mitteilt. Eine rückwirkende Senkung des Mitgliedsbeitrages ist unzulässig.

### **Mitgliedsbeitrag**

Es ist ein monatlicher Mindestbeitrag nach folgender Staffel zu entrichten:

A	bis 1.500 EURO	8,00 EURO
B	1.501 bis 2.600 EURO	10,00 EURO
C	2.601 bis 3.600 EURO	12,00 EURO
D	3.601 bis 4.600 EURO	18,00 EURO
E	über 4.600 EURO	24,00 EURO

In eigenen Beitragsordnungen dürfen beitrags erhebende Gliederungen

- für die Stufe A höhere Mindestbeiträge bis zur Höhe der Stufe D, jedoch
- keine von der Beitragsstaffel nach unten abweichenden Mindestbeiträge

festlegen.

Der Vorstand der Gliederung, die die Beitragshoheit ausübt, ist berechtigt, einvernehmlich mit dem Mitglied den Mitgliedsbeitrag

- für Rentner,
- für Haushaltsangehörige eines Mitglieds ohne eigenes Einkommen,
- für in Ausbildung befindliche Mitglieder,
- für Wehr- oder Ersatzdienstleistende,
- sowie in Fällen besonderer finanzieller Härte,

abweichend von der Regelung des Absatzes (2) festzusetzen. Dies gilt bei entsprechendem Nachweis auch für Mindestbeiträge von Mitgliedschaftsbewerbern.

(3) Der zuständige Schatzmeister ist verpflichtet, die abweichende Festsetzung nach Ablauf eines Jahres zu überprüfen. Auf Antrag des Schatzmeisters kann der Vorstand eine Fortsetzung beschließen.

### **Steuerliche Informationen:**

Mitgliedsbeiträge und Spenden an eine Partei werden als Zuwendungen zusammengefasst und können steuerlich geltend gemacht werden.

Als Privatperson bis zu 3.300 € im Jahr, bei gemeinsamer Veranlagung bis zu 6.600 €, unabhängig davon, ob Sie zusätzlich etwa an Vereine oder für andere gemeinnützige Zwecke spenden oder dort Mitglied sind.

Für die ersten 1.650 € bzw. 3.300 € werden Ihnen nach § 34g EStG 50% der Summe der Zuwendungen von der Steuerschuld abgezogen, d.h. Sie erhalten exakt die Hälfte vom Finanzamt zurück.

Darüber hinaus gehende Beiträge können Sie erneut bis zur Höhe von 1.650 € bzw. 3.300 € nach § 10b EStG in Ihrer Steuererklärung als Sonderausgabe geltend machen. Sie reduzieren die Steuerzahlung folglich in Abhängigkeit Ihres individuellen Steuersatzes. Eine Quittung geht Ihnen am Anfang des Folgejahres automatisch zu.

*(Stand: Die Regelung beruht auf der Änderung des Parteiengesetzes durch den Deutschen Bundestag am 19. April 2002 und gilt für das Jahr 2002)*